

Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

**Stellungnahme zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit den Naziaufmärschen in der Nordstadt
(25.10.19)**

Zum weiteren Vorgehen in der Nordstadt

Viele Menschen haben in den letzten Tagen ein deutliches Zeichen gegen die provokativen und hetzerischen Aufmärsche der Nazis in der Nordstadt gesetzt. Wichtig ist dabei, dass auch viele aus anderen Stadtteilen dabei waren, denn die Nordstadt ist auch ein Symbol für ein weltoffenes und tolerantes Dortmund.

Den Arbeitskreis haben Anfragen Schulen, Gemeinden und anderen erreicht, wie das weitere Vorgehen aussehen kann. Der Arbeitskreis ist seit langem der Überzeugung, dass die Stadtteile, die jeweils von den Naziaufmärschen betroffen sind, sich gegen die Nazis zusammenschließen und ihre Aktivitäten verabreden sollen. So war es über Jahre in Dorstfeld, dann in Huckarde und zuletzt in Marten. Jetzt ist die Nordstadt betroffen.

Zudem gibt es gerade in der Nordstadt eine große Landschaft von engagierten Institutionen, Vereinen und Initiativen. Der Arbeitskreis bietet darum den Akteuren in der Nordstadt seine Unterstützung dabei an, sich zusammenzuschließen und neue Aktionen zu verabreden. Dabei stellen wir gern unsere Erfahrungen zur Verfügung.

Wir laden darum zu einem Ratschlag über das weitere Vorgehen ein für Dienstag den 5.11. um 19 Uhr. Anmeldungen sind erbeten unter rgv@ekkdo.de oder 0231/ 8494-373. Dort geben wir auch den Ort bekannt.

An dem Abend stellen wir auch die sogenannte Notfalltaschen vor, mit denen kurzfristig und spontan Versammlungen gegen die Nazis durchgeführt werden können. Sie sind mit organisatorischen Hilfen, Aktionsmaterial, Banner und Plakaten ausgerüstet, dass dann direkt eingesetzt werden kann.

Zum Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen ist für Demokraten schwer erträglich. Das Gericht ist nicht bereit, die Parole „Nie wieder Israel“ zu verbieten, obwohl die Polizei dies gefordert hat. Jeder weiß was gemeint ist, aber die hetzerischen Parolen sind trotzdem nicht strafbar. Uns fehlt, dass die Juristen ihre Entscheidungen öffentlich erklären und diskutieren. Wir bekräftigen auf jeden Fall unsere Solidarität mit der jüdischen Gemeinde und werden im Kampf gegen die Nazis nicht nachlassen.

In diesem Zusammenhang heben wir insbesondere die Bemühungen der Polizeiführung hervor, zumindest die hetzerischen Parolen zu verhindern, wenn schon die Aufmärsche selbst nicht juristisch gestoppt werden können. Leider ist das Gericht auch diesen Versuchen nicht gefolgt.

Zu der Resolution „Wir wollen uns wieder sicher fühlen- Verbot der Dortmunder Nazidemos jetzt“ (Initiative Es ist untragbar)

Der Arbeitskreis unterstützt die Forderung, die provokativen Hass- und Gewalt- Aufmärsche der Nazis zu verbieten. Es ist für uns Dortmunder*innen in der Tat untragbar, dass wir immer und immer wieder den Provokationen und Bedrohungen durch die Naziszene ausgesetzt werden.

Wir haben auch volles Verständnis dafür, dass sich Menschen in der Nordstadt oder anderswo in Dortmund bedroht fühlen und Angst haben. Die Dortmunder Szene organisiert nicht nur Versammlungen unter den Augen der Polizei, sondern ist bekannt für Hetze und Bedrohungen, für Gewalttaten bis hin zu Tötungsdelikten.

Trotzdem distanzieren wir uns von der Resolution.

Zum einen unterstützen wir nicht die verallgemeinernden Äußerungen, wir Dortmunderinnen und Dortmunder trauten uns (montags) nicht mehr auf die Straße. Wir treten dem Eindruck entgegen, dass die Nazis tatsächlich soviel Einfluss in der Stadt haben. Das macht die Nazis größer als sie sind. Das Bedrohungspotenzial ist da, aber sie sind weit davon entfernt, wirklich einen Stadtteil oder unsere Stadt zu beherrschen. Davon träumen sie nur. Schon in Dorstfeld, dann in Huckarde und zuletzt in Marten haben sie ihren Raumkampf versucht. Durchgesetzt haben sich damit nicht.

Zum anderen halten wir die Vorwürfe gegen den Oberbürgermeister -jenseits aller parteipolitischer Orientierungen- für unbegründet. Ullrich Sierau hat sich in den letzten Jahren immer deutlich in Sachen Rechtsextremismus positioniert.

Vor allem führt diese Blickrichtung am Kern des Problems vorbei.

Denn wir stellen mit großer Sorge fest, dass der Rechtsstaat und die Gerichte nicht in der Lage sind, den antisemitischen Provokationen und den ständigen Aufmärschen sowie der gesamten Radikalisierung der Szene angemessen zu begegnen. Seien es die antisemitischen Hetzparolen, die die Bürgerschaft und insbesondere die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bedrohen, oder auch die Dutzenden, bis zu 100 Versammlungen nach dem Versammlungsrecht pro Jahr, gegen die der Rechtsstaat keine Mittel findet.

Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind ein hohes Gut. Die Gerichte bürden die Folgen ihrer Entscheidungen aber den Dortmunder*innen auf. Wir vermissen, dass der Kontext und der Schutz der Bürgerschaft vor Volksverhetzung und gewalttätiger Atmosphäre ausreichend berücksichtigt wird.

Wenn wir auf die Straße gehen, um den Rechtsstaat gegen die Nazis zu verteidigen, erwarten wir, dass dieser Rechtsstaat auch uns schützt, und zwar nicht erst, dann wenn wieder etwas passiert ist. Wie wir es am letzten Montag schon öffentlich festgestellt haben: Ein Mahnmal für die Opfer der Nazi Gewalt in Dortmund reicht - wir brauchen keine weiteren.

Wir fordern darum vor allem das Verbot der Partei der Rechte, die sich offensichtlich und für jeden erkennbar, in die Tradition nationalsozialistischen Gewaltherrschaft stellt.

Für den Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus
Pfarrer Friedrich Stiller , Jutta Reiter